



Beilagen: Neue Pöschelle und Des Landmanns Sonntagblatt.

Erscheint am Mittwoch, Freitag und Sonntag. Der vierteljährlich voranzuzahlende Bezugspreis beträgt 1 Mark 25 Pfg. Einrückungsgebühr: Im amtlichen Teile für 1 zweispaltige Korpuszeile 30 Pfg.; im Anzeigenteile für 1 fünfgespaltene Korpuszeile 15 Pfg. Auskunftsgebühr 25 Pfg.

N. 56.

Tarnowitz, Freitag den 10. Mai 1907.

Jahrg. XXXV.

Am tlicher Teil.

Bekanntmachung.

Unter Hinweis auf den Absatz C a unserer Geschäftsbedingungen — Aufbewahrung von Wertpapieren usw. betreffend — machen wir hierdurch bekannt, daß die Kontrolle der Auslösung, der Kündigung und der Konvertierung der bei uns deponierten Wertpapiere

vom 1. April 1907 ab

auf Grund der

„Allgemeinen Verlosungstabelle“

— nach Vereinbarung mit der Reichsbank, der Königl. Seehandlung (Preussische Staatsbank) und den Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiersgewerbes, zusammengestellt von Ulrich Leppjohn in Berlin W. 10, Stülerstraße 14 — erfolgen wird, da zu diesem Termine die „Allgemeine Verlosungstabelle des Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeigers“ ihr Erscheinen einstellt.

Berlin den 22. März 1907.

Königliche Seehandlung.

(Preussische Staatsbank).

I a 620 Fin.-M. I. 5260 II.

B. II. 4400.

Tarnowitz den 4. Mai 1907.

Durch Erlaß des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Schlesien ist der Amtsvorsteher Sobel in Stahlhammer mit der Verwaltung der Amtsgeschäfte des Amtsbezirkes Klein-Byglin auf die Dauer von weiteren 6 Jahren betraut worden.

Der Landrat.

Graf zu Limburg-Stürum.

Beschluß.

Die der Ordnung betreffend die Erhebung von Gebühren für die baupolizeiliche Genehmigung und Beaufsichtigung von Bauten im Amtsbezirke Wieschowa vom 5. Dezember 1900 erteilte Genehmigung wird auf fernere 2 Jahre d. i. bis zum 1. Mai 1909 mit der Maßgabe hiermit verlängert, daß diese Genehmigung auch vor Ablauf der festgesetzten Zeit zurückgezogen werden kann.

Tarnowitz den 26. April 1907.

Der Kreisaußschuß des Kreises Tarnowitz.

B. II. 4199.

(S.) gez. Graf zu Limburg-Stürum.

Vorsitzenden Beschluß bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Wieschowa den 7. Mai 1907.

660

Der Amtsvorsteher.

Gottwald.

Bekanntmachung.

Der Eisenbahnzugführer Franz Kolenda aus Tarnowitz hat hier selbst den Antrag auf Einziehung der bisher als öffentlicher Fußweg (sogenannte Pappelallee) benutzten Ackerparzelle, welche als solche im Kataster eingetragen ist und in Hugohütte hinter der Schmalpurbahn anfängt, dann links neben dem von Tarnowitz nach Hugohütte führenden Kommunikationswege läuft und an dem Privatwege der Redenhütte aufhört, gestellt.

Gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes bringe ich dieses Vorhaben mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis, daß etwaige Einsprüche binnen 4 Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses bei dem Unterzeichneten geltend zu machen sind.

Kallo den 7. Mai 1907.

666

Der Amtsvorsteher

als Begepolizeibehörde.

Hertzog.

Wichtamtlicher Teil.

Die Beschwerde der Akwaleute.

Ueber das Ergebnis der Untersuchung in der Beschwerdefache der Akwa-Häuptlinge in Kamerun ist dem Reichstage ein Bericht des Kolonialdirektors Dernburg zugegangen. Bei der Uebersendung des Berichts und der zugehörigen Denkschrift des mit der Führung der Untersuchung betrauten Kammergerichtsrats Strähler an den Reichstag hat Kolonialdirektor Dernburg Folgendes hinzugefügt:

„Nach dem Ergebnis der Untersuchung liegt kein Anlaß vor, gegen einen der Beamten, gegen welche sich die Beschwerde richtet, strafrechtlich oder disziplinarisch vorzugehen. Dagegen ist nicht zu verneinen, daß in verschiedenen Punkten die Handhabung der Verwaltung und der Eingeborenenrechtsprechung in Kamerun nicht gebilligt werden kann, und daß auch die bestehenden gesetzlichen Vorschriften in verschiedener Beziehung als den rechtlichen Verhältnissen entsprechend nicht mehr betrachtet werden können. Ich habe deshalb durch Anordnungen an das Gouvernement dafür Sorge getragen, daß bei der Eingeborenenrechtsprechung sowohl materiell wie auch formell streng nach den gesetzlichen Vorschriften verfahren wird. Zugleich habe ich Vorarbeiten für die auf dem Gebiete der Verwaltung wie der Eingeborenenrechtsprechung erforderlichen Reformen eingeleitet. Bezüglich der Beschwerdeschrift der Akwaleute, auf Grund deren die Beschwerdeführer verurteilt wurden, ist festgestellt, daß diese Schrift Beleidigungen allerhöchster Art enthielt.“

Die Denkschrift teilt die Beschwerden in zwei Klassen ein, nämlich erstens in solche über öffentliche Einrichtungen und Verfügungen wie Straßenbaupflicht, Steuerpflicht, Beschränkung des Eigentums, Prügelstrafe usw., zweitens in solche über Ausschreitungen und Rechtsverstöße einzelner Beamten, wie Forderung von Ebenholz, Angriffe gegen ein Dorf, ungerechte oder zu starke Bestrafung Eingeborener, zu milde Bestrafung Weißer, Zwang gegen verlobte Mädchen. Kammergerichtsrat Strähler macht darauf aufmerksam, daß auch da, wo es sich um die Kritik an öffentlichen Zuständen handelt, häufig die persönlichen Interessen des Oberhäuptlings Dila Akwa und seines Stellvertreters Kuange a Muturi derart in den Vordergrund gestellt seien, daß es fraglich erscheine, ob trotz der Unterschrift zahlreicher Unterhäuptlinge der freie Wille des Stammes in der Beschwerde seinen Ausdruck findet. Die beiden genannten Schwarzen hätten vornehmlich die Beschwerdeschrift veranlaßt.

Das wird auch durch die Aussage des früheren Kanzlisten Lea Dikume bestätigt, welcher Folgendes erfahren haben will: Dila Akwa sei dem Muturi sehr verschuldet gewesen und von ihm gepfändet worden. Darauf sei man

übereingekommen, daß Muturi der Nächste nach Dila, d. h. sein Vertreter, sei. Dila sei darüber erzürnt, daß er nicht das Recht erhalte, Elefanten zu schießen und die Gerichtsbarkeit über Bassa und andere Ortschaften auszuüben, sowie weil sein Ansehen als Oberhäuptling durch seine Bestrafungen untergraben sei. Um diesen Uebelständen abzuwehren, sei Akwa auf den Gedanken gekommen, die Beschwerde in die Wege zu leiten. Muturi unterstützte ihn darin. Die Unterhäuptlinge Dilas hätten an sich nichts gegen die Regierung; sie hätten die Beschwerde nur im Interesse des Dila, um diesem zu helfen, unterzeichnet. Die Beschwerde bezwecke, Herrn v. Puttkamer und v. Brauchitsch aus ihren Ämtern zu entfernen, weil Dila diese Beamten als die einzigen Urheber seiner Beschwerden ansehe.

Diese Angaben, so bemerkt Kammergerichtsrat Strähler dazu, treffen offenbar das Richtige. Akwa sei wiederholt bei der Regierung um die Erlaubnis zum Schießen von Elefanten und Ausübung der Gerichtsbarkeit über eine Anzahl benachbarter Ortschaften eingekommen, wovon er bedeutende Einnahmen erwartete. Der Erfüllung dieser Wünsche seien nach Akwas Meinung Gouverneur v. Puttkamer und Bezirksamtman v. Brauchitsch im Wege gewesen. Sie zu beseitigen, war daher sein nächstes Ziel, die vorliegende Beschwerde das Mittel. So beweist auch das Ergebnis dieser Untersuchung, die Kammergerichtsrat Strähler in Kamerun selbst geführt hat, deutlich, was man von dem von gewisser Seite erhobenen wüsten Beschrei über sogenannte „Kolonialskandale“ zu halten hat.

Politische Rundschau.

Deutschland.

— Der Geburtstag des deutschen Kronprinzen war in diesem Jahre infolge von besonderer Wichtigkeit, als er das erste Vierteljahrhundert seines Lebens abschließt. Es sind 25 Jahre einer glücklichen Jugend gewesen, die jetzt hinter dem ritterlichen Thronfolger liegen, der zu oft wiederholten Malen bewiesen hat, daß er es mit seinen jetzigen Pflichten, und seinem künftigen Herrscherberufe ernst nimmt. Möge Gottes reichster Segen ihm und seinem ganzen Hause im neuen Lebensjahre und für alle Zeiten beschieden sein!

— Der Reichstag setzte am Sonnabend die Beratung des Kolonialetat's fort und befaßte sich mit dem Etat der einzelnen Schutzgebiete. In der Verhandlung, in die auch Kolonialdirektor Dernburg wiederholt eingriff, wurde dem Abg. Ledebour (Soz.), der sich in den wüsten Schimpereien erging und, in dreifacher Weise die Unparteilichkeit des Vizepräsidenten verdächtigte, von dem Vizepräsidenten Rämpf dreimal ein Ordnungsruf erteilt. Das Haus be-

schloß jedoch in der Abstimmung, dem Redner das Wort nicht zu entziehen. Beim Etat für Kamerun machte Abg. Debel (Soz.) den Versuch, seine Stellung im Fall Dominik zu rechtfertigen. Kolonialdirektor Dernburg sprach im Sinne der Mehrheit des Hauses, als er gegen das zum mindesten unvorsichtige Vorgehen des Abg. Debel Verwahrung einlegte. — Am Montag teilte Präsident Stollberg zunächst mit, daß der 2. Vizepräsident Rämpf sein Amt niedergelegt habe. Die vielumstrittene Frage, wie das Präsidium zusammenzusetzen sei, wird durch diesen Vorfall von neuem aufgerollt. Zwar läßt sich annehmen, daß eine Wiederwahl des abgetretenen Vizepräsidenten erfolgt, jedoch wird hierdurch die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß ein Teil der Freisinnigen ihrem eigenen Fraktionsangehörigen in der Stunde der Anfechtung nicht beigekannt hat. Denn nicht nur Mitglieder der Freisinnigen Vereinigung sondern auch der Volkspartei haben die Opposition des Zentrums und der Sozialdemokratie zuungunsten Rämpfs verklärt. Der Freisinn hat also den aus seiner Mitte hervorgegangenen Vorsitzenden im Stiche gelassen, beschwerte sich aber nichtsdestoweniger hinterdrein, daß „der Blod“ auf der Rechten nicht genügend stark im Hause vertreten gewesen sei, um der Niederlage des Freisinnsmannes vorzubeugen. Die Freisinnige Zeitung hat ein Empfinden für die Schiesheit dieser Auffassung und behauptet, daß die liberal-sozialistische Allianz den Zwischenfall verschuldet habe, das Berl. Tageblatt hingegen gibt zu, daß einzelne liberale Abgeordnete, wie z. B. Raumann und Rommsen, gleichfalls gegen die Entziehung des Wortes im Falle Ledebour gestimmt hätten. Beschönigend wird hierzu bemerkt, es sei fraglich, ob es von Herrn Rämpf pädagogisch richtig gewesen wäre, gegen den Abg. Ledebour sogleich das schwere Geschütz des Ordnungsrufes aufzuführen und dreimal abzuschließen. Da die Wahrung der Würde und des Ansehens des Reichstages nun einmal in die Hände des Präsidiums gelegt ist, erscheint es mäßig, über die Berechtigung eines Ordnungsrufes zu diskutieren, denn dem subjektiven Ermessen lassen sich in dieser Richtung schwer Grenzen ziehen. Dann wurde über die Teuerungszulagen an die mittleren und unteren Beamten des Reichs beraten, für die alle Parteien eintraten. Die Vorlage ging an die Budgetkommission. Bei der Beratung des Etats der Kolonien kam es zu einer Besprechung des Falles Puttkamer, bei der auch Kolonialdirektor Dernburg das Wort ergriff. Schließlich mußte bei der Beratung des Marineetat's, da Abg. Debel (Soz.) die Beschlußfähigkeit bezweifelte, Vertagung eintreten.

— Das preussische Herrenhaus verhandelte am Sonnabend über den Entwurf einer Begeordnung für die Provinz Posen. Die Vorlage wurde mit Ausnahme des § 49, der von dem Bau und der Unterhaltung der Wege im Be-

reich eines Gutsbezirks handelt und an die Kommission zurückverwiesen worden war, nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen. Nach Erledigung einiger kleineren Vorlagen wurden noch mehrere Petitionen den Vorschlägen der Kommission entsprechend erledigt. Eine Petition um Eingemeindung von Kummelsburg-Voghsagen in Berlin wurde der Regierung als Material überwiesen. — Am Montag wurde mit der Staatsberatung begonnen. Graf Mirbach sprach sich gegen das Reichstagswahlrecht aus, das durch die Diätengewährung noch verschlechtert worden sei, sowie gegen den sozialdemokratischen Uebereifer. Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben sprach sich über die Finanzlage aus und vertrat auch hier, wie schon im Abgeordnetenhaus, die Ansicht, daß eine Erhöhung der Einkommensteuer notwendig sei. Eine Erörterung von Reichstagsangelegenheiten lehnte der Minister ab und erklärte Herr v. Mirbach, daß dessen Äußerungen nicht zu einer Verbesserung des Verhältnisses zwischen Reichstag und Herrenhaus beitragen. Weiterhin wurden von verschiedenen Rednern die ungehörigen Forderungen der Lehrer und Beamten nach Gehaltsausbesserung übel sermerkt. Auch von der Entfestigung Königshergs war noch die Rede, worauf man zur Besprechung des Einzelplans überging und den Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung erledigte.

— Das preussische Abgeordnetenhaus nahm am Sonnabend in dritter Lesung die Lehrerpensions- und Relikten-gesetzentwürfe, den Gesetzentwurf auf Abänderung der Bestimmung des Einkommensteuergesetzes über die Auskunfts-erteilung durch Haushaltsvorstände und Arbeitgeber sowie den Antrag Hammer (kons.) auf Heranziehung der Konsumvereine zur Kommunalbesteuerung an. Ein Gesetzentwurf auf Erweiterung des Stadtkreises Krefeld wurde der Gemeindeforschung überwiesen. Schließlich wurde die Sekundärbahnvorlage in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Am Montag wurde die zweite Lesung des Nutzungsgesetzes erledigt, wonach das Recht, auf Kohle und Kali zu mieten, dem Staate vorbehalten bleiben soll. Die Kommission hat an der Vorlage, die ja auf die Initiative des Hauses zurückgeht, nur geringe Änderungen vorgenommen. Die rechte Seite des Hauses und das Zentrum waren einhellig für die Vorlage, während Nationalliberale und Freisinnige nachzuweisen versuchten, daß die Bodenschätze besser ausgebeutet werden könnten, wenn sich die Privatindustrie ihrer annähme. Schließlich wurde der entscheidende § 2 in der Kommissionsfassung angenommen, nachdem alle Anträge der Nationalliberalen und ein Antrag der Freisinnigen abgelehnt waren.

— Bei der Reichstagsersatzwahl in Malmedy-Montjoie-Schleiden wurde Ferber (Z.) mit 10360 Stimmen gewählt. Die Ersatzwahl war bekanntlich nötig geworden durch den Tod des bisherigen Vertreters Prinzen v. Arenberg.

— Ueber die Stellung der Schützenvereine zur Sozialdemokratie hat der Wettinschützenbund in Leipzig eine bemerkenswerte Entscheidung getroffen, in der es heißt: „Der Wettinbund betrachtet die offene Betätigung sozialdemokratischer Gesinnung als unvereinbar mit der Mitglied-

schaft. Dagegen ist er der Ansicht, daß rein wirtschaftliche Verbindung mit sozialdemokratischen Vereinigungen nicht als Ausschließungsgrund zu betrachten sei. Hierhin gehört z. B. die Mitgliedschaft in Konsumvereinen sowie das Vermieten von Läden oder Ueberlassen von Sälen an solche Vereine. Dagegen hält sich der Vorstand des Wettinschützenbundes für verpflichtet, in solchen Fällen die Mitglieder um ihre Gesinnung zu befragen und sie, wenn sie sich dann zur Sozialdemokratie bekennen, auszuschließen.“

Oesterreich-Ungaru.

Nach einer Mitteilung aus Budapest soll eine deutsch-österreichische Absage an den serbischen Hof erfolgt sein. Der für dieses Frühjahr geplante Besuch des Königs von Serbien an den Höfen von Wien und Berlin werde unterbleiben, da dies dem König Peter von den Botschaftern der betreffenden Höfe in unzweideutiger Weise nahegelegt worden sei. In Belgrad herrschte demzufolge große Verärgerung gegen Deutschland und Oesterreich.

In Abazzia kam es zu schweren deutschfeindlichen Kumbegungen von Seiten der Kroaten. Ein Klagenfurter Lehrerverein, der deutsche Lieder anschwamm, wurde von den Kroaten mit Schmähschriften begrüßt und mit Steinen beworfen. Nachts wurden dann alle Gasthöfe, in denen Deutsche wohnten, mit faulen Eiern und Rot besudelt. Die deutschen Gäste haben an die Statthalterei eine Beschwerde über das passive Verhalten der Gendarmerie in Abazzia gerichtet.

Rußland.

In Dorpat ist die Aushebung eines russischen Revolutionsnestes gelungen. Bei einer Hausdurchsuchung in der Tschelkerstraße wurden 19 Bomben, 4 Gewehre, viele andere Waffen und verbotene Schriften aufgefunden. Mehr als 30 Personen wurden verhaftet. Während der Hausdurchsuchung wurde ein Polizeioffizier von einem Manne in der Studentenuniform getötet, ein anderer Polizeibeamter verwundet. Der Mörder entkam; unter den Verhafteten befinden sich Studenten und Frauen.

Der russische Landwirtschaftsminister Fürst Wassiljtschikoff hat ein Zirkulartelegramm an die Gouverneure erlassen über die übermäßige Entwicklung der Auswanderung nach Sibirien. Eine Menge Auswanderer erleiden auf dem Wege dahin alle möglichen Entbehrungen und müssen disziplinar nach Rußland zurückkehren aus Mangel an freiem Land in der Nähe der Eisenbahn. Der Minister ordnet an, daß den Leuten, die keine Ausweise über Zuweisung von Land besitzen, keine Pässe ausgestellt werden sollen, und daß denjenigen, die nach dem fernem Osten auswandern wollen, der Rat erteilt werde, ihre Abreise bis zum Sommer oder Herbst hinaus zu verschieben, da alle im vorigen Jahre zur Besiedelung angewiesenen Ländereien bereits besetzt seien.

Morocco.

Die in Marrakesch herrschende Erregung hat zu einer Empörung gegen den Sultan von Marokko geführt. Nach einer Depesche des Reuterschen Bureaus sei der Ruler Haiz von der Bevölkerung zum Sultan ausgerufen wor-

den, und die erregte Menge habe alle im Zusammenhang mit der Ermordung des französischen Arztes Rauchamp verhafteten Personen befreit und den abgesetzten Gouverneur wieder in sein Amt eingesetzt. Es heiße auch, die Behörden hätten dem Sultan schriftlich mitgeteilt, daß sie ihn nicht mehr anerkennen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Der Ausstand der Hafenarbeiter in New-York und in Brooklyn scheint jetzt größere Ausdehnung anzunehmen. Ein Gerücht, nach dem die Abfahrt der von den Piers der American-Line ladenden Dampfer Celti und Kronland durch den Ausstand verschoben werden dürfte, wird von den Beamten der Werft in Abrede gestellt. Die Ladung der Dampfer wird von Arbeitern vorgenommen, die den Organisationen nicht angehören. Etwaigen Unruhen wird durch eine starke Polizeiwache vorgebeugt. Die Zahl der Ausländigen in den beiden Städten wird auf 5000 Mann geschätzt.

Sina.

Vom Londoner „Standard“ werden drohende Unruhen in China gemeldet. In den Eingeborenenvierteln der Stadt Tientsin sind die Türen mit Blut bespritzt, wie bei dem letzten Boyerenaufstande. Die Bevölkerung legt große Unruhe an den Tag. Die Eingeborenen-Presse warnt die Behörden vor der großen Gefahr des Wiederauflebens der Boyerunruhen, wenn die Fortdauer dieses Gebrauches geduldet werde.

Stadt und Land.

Tarnowitz den 9. Mai 1907.

Himmelfahrt.

Der braune Wald wird malengrün,
Wirft uns sich zarte Schleier,
Die lieben Himmelsklüffel blühen,
Vergißmeinnicht am Weher.

Es schmückt die prangende Natur
Sich mit dem schönsten Kleide,
Und tausendfältig auf der Flur
Glänzt es wie Perlgeschmeide.

Datum mag auch des Menschen Brust
Nun nicht mehr länger warten,
Will sich ergebn zu neuer Lust
In Gottes schönem Garten.

Und der mit Segnen aufwärts fuhr,
Zeigt uns den Himmel offen.
Nun blüht es schöner auf der Flur,
Weil Christus unser Hoffen.

Nun heißt die Lösung: „Himmeln!“
Die dunkeln Schatten fliehen —
Er, der Durchbrecher, zog voran,
Und will uns nach sich ziehen.

Singverein. In der am Montag abgehaltenen Gesangsstunde wurde beschlossen, im Gottesdienste Sonntag

Die Deichschau.

Erzählung von Heinrich Smidt.

(4. Fortsetzung.)

„Hier ist auch nichts mehr zu hoffen. Nun soll eine fremde Hand das tun, was die eigene nicht vermag! Und was für eine Hand! Der Taler, den der Carsten Nagel an den Volkenhof wegwirft, brennt wie ein Feuer in der Hand dessen, der ihn ansieht. Ich sehe kein friedliches Ende, und der alte Mann wird den Spaten in die Hand nehmen und ihn vor dem Hecker in die Erde stoßen müssen. Es wird ein trauriger Tag sein. Lange Jahre vergingen, seitdem es in den Hader Marschen Spatenland gab, und der gute Gott wolle es in Gnaden von uns abwehren!“

Mit diesem Stoßseufzer trat die Altmagd in das Haus und lehnte in die Rischkammer zurück. Trina hatte das Bleichfeld erreicht und den Geliebten gefunden. Sie schüttelte ihm ihr Herz aus, und er suchte sie freundlich zu trösten.

„Weine nur nicht mehr, Trina? Ich will alles tun, was ich dir versprochen habe. Mein Vater ist ein strenger Mann, und ich werde einen harten Stand haben; allein ich habe guten Mut und setze durch, was ich will. Bist du nun ruhig?“

„Ich will es sein, Marg Nagel!“ sagte das Mädchen, ihre Tränen trocknend. „Deine Worte haben mir neuen Mut gegeben. Setze du meinen Vater vom Sturze, und mein ganzes Leben will ich dazu verwenden, es dir zu vergelten! Dank, Dank für alles! Und wenn es dir nicht gelingen will . . .“

„Dadle dich nicht mit solchen Gedanken!“ bat der junge Bauer.

„Ich will nur sagen!“ fuhr sie fort, was geschieht, wenn es dir nicht gelingt! Wenn dein Vater deine Bitte nicht erfüllt, wenn unser Hof verloren geht und wir einander nicht bekommen, will ich dir doch stets treu bleiben, und kein anderer Mann soll mein Jawort erhalten und mit mir an den Altar treten. Das gelobe ich dir, und auf mein Wort kannst du bauen!“

Die beiden trennten sich, und Marg Nagel schritt dem väterlichen Hofe zu, entschlossen, sogleich Hand ans Werk zu legen und nicht abzulassen, bis er seinen Zweck erreicht hätte.

Dort auf dem Nagelshofe herrschte ein strenges Regiment. Der Herr desselben machte nur wenig Worte, aber jedes war ein eiserner Befehl. Er lachte nie, schaute stets finster darein und hatte in der Gemeinde nicht einen, zu dem er in einem vertraulichen Verhältnisse stand. Diese Abgeschlossenheit schrieb sich von dem Tage her, da er einen Eid in die Hände des Krügers schwur, es der Elsbeth und ihrem Manne nie nachzutragen, daß sie jenem den Vor-

zug vor ihm gab. Ein Jahr später hatte er sich mit der Tochter eines Vollbauern verheiratet, weil er in der großen Wirtschaft nicht ohne Frau sein konnte. Aber es war eine frostige, freudenlose Ehe, in der es nur einen Sonntag gab, und das war der, an dem der Sohn geboren wurde, der bestimmt war, das Vater- und Muttererbe zu einem einzigen zu vereinen und der rechte Mann in der ganzen Gemeinde zu werden.

Der Herr dieses Gehöftes trat eben aus dem Hause in der Begleitung eines Mannes, der mit einem breiten freundlichen Gesicht in die Welt hineinsah, und dessen halb städtische, halb ländliche Kleidung einen eigentümlichen Anblick gewährte. Es war dies Herr Matthias Heinsohn, der wohlbekannte Kornhändler zu Wischhafen, weit auf und ab in den Marschen in gutem Leumund stehend bei alt und jung.

„Wir machen also heute kein Geschäft?“ fragte er, indem er den breitrandigen Strohhut auf den Kopf stülpte.

„Nein!“ antwortete der Bauer kurzab.

„Tut mir leid! Sein Weizen ist gut, und ich könnte die vier oder fünf Last, die noch auf seinem Boden liegen gut brauchen. Lasse Er sich zureben!“

„Sein Gebot ist zu geringe!“

„Ich zahle den höchsten Preis. Kein ehrlicher Mann kann mehr geben, wenn er bestehen will!“

„Und ich will mehr haben! Ich will, weil ich muß! Es gibt bald Spatenland zu kaufen.“

„Spatenland?“ fragte Matthias Heinsohn, und das breite Gesicht legte sich in ernste Falten. „Man munkelt hier herum von allerlei seltsamen Dingen, woran ich nicht glauben mag. Die Leute bringen seinen Namen auch mit hinein, Carsten Nagel. Ist es denn wahr?“

„Mein Tag kommt!“ sagte der Bauer. „Ich habe lange darauf gewartet!“

„Die Deichschau wird gehalten, und wenn auch das alte Deichrecht nicht mehr gilt, wonach der Bauer, der seinen Deich vernachlässigt, lebendig in diesen eingebeicht wird, ist das Gesetz immer noch streng genug und kostet Haus und Hof und Heimat. Er ist aber ein Christ . . .“

„Getauft und eingesegnet!“ unterbrach ihn Carsten Nagel spöttisch. „Denkt Er, daß ich ein heimlicher Jude bin, weil ich meinen Weizen nicht für einen Spottpreis hergeben will, sondern ihn behalte, bis ich mehr bekommen kann? Und ich bekomme mehr; darauf kann Er sich verlassen!“

„Ja, Er bekommt mehr! Aber nicht von ordentlichen, rechtschaffenen Händlern, sondern von den falschen, betrügerischen!“ sagte Matthias Heinsohn bestimmt. „Höre Er, Carsten Nagel! Es fängt an, in Marschlanden unsicher zu werden. Nicht, daß dort Räuber und Diebe haufeten. Gegen diese gibt es Schloß und Riegel und allenfalls

Fäuste und Dreschflegel. Ich meine die Diebe im Halbwagen, die die Taschen voll Gold haben und bereit sind, es in die Hände derjenigen zu legen, die sich darum bewerben. Sie kaufen die Ernten nicht bloß auf dem Halm, sie kaufen für mehrere Jahre ein bestimmtes Quantum im voraus, und wenn . . .“

„Spreche Er sich nicht außer Atem!“ sagte Carsten Nagel, dem Eifernden das Wort abschneidend. „Er ist verdrießlich, daß Er hier im Orte die Herrschaft nicht mehr allein haben soll, und daß einer in dieselbe Spur lenkt, die Er für sich allein gepachtet hatte. Habe ich Ihn zehn Jahre lang meinen Weizen zu wohlfeil verkauft, ist das kein Grund, es auch noch im ersten zu tun. Ein Geschäft ist hier für Ihn nicht zu machen, und zu einem Diskurs über seine Konkurrenten oder wie Er sie sonst nennt, habe ich weder Zeit noch Lust!“

„Er weist mir den Weg!“ sagte Matthias Heinsohn auffahrend. „Nicht nötig, Herr; weiß ihn von selbst zu finden. Mein gutes Wort hat Er verschmäht; ich bebauere die Zeit, die ich damit verlor, es zu sprechen. Mich sieht Er nicht wieder. Auf einen Hof, wo Johannes Hansen und seinesgleichen verkehren, setze ich keinen Fuß mehr. Nehme Er sich in acht, Carsten Nagel! Er steht jubelnd in die Luft. Deuge Er sein den Kopf, damit Er die Schlinge gewahrt, die man Ihn vor die Füße legt!“

Nicht lange, nachdem Herr Matthias Heinsohn gegangen war, hielt vor dem Hecker ein Wagen, dem ein hagerer Mann in sorgfältiger Kleidung entstieg.

„Er ist es, Johannes Hansen!“ begrüßte ihn der Bauer, der im Hofe beschäftigt war, in barschem Tone. „Schon wieder von Freiburg zurück? Er hat sich nicht viel Zeit zum Ausruhen genommen!“

„Das darf man auch nicht, wenn man seine Kunden redlich bedienen will. Ich mache es mir zum festen Grundfaß . . .“

„Wisch! Wisch! Ich will von seinen Grundfragen nichts wissen, sondern von den Geschäften, die Er für mich abmachte. Wie weit ist Er damit?“

„Alles ist in Ordnung?“ sagte Johannes Hansen schnell. „Die verlangte Summe sieht jeden Augenblick zu Diensten, und ein Drittel habe ich in vollwertigen Pistolen mitgebracht. Der Abdokat hat eine Schrift aufgesetzt . . .“

„Nur keine Hypotheken!“ rief der Bauer laut. „Keine Verpfändung von Grund und Boden. Ein Bauernhof muß frei sein, sonst hört er auf, ein Herrngut zu heißen. Was auf meinem Acker wächst, verkaufe ich, wenn es einer kaufen will, auf zehn Jahre voraus, aber der Acker selbst bleibt mein ungeteiltes Eigentum!“

(Fortsetzung folgt.)

nach Pfingsten zum Gedächtnis des am 15. Mai v. J. verstorbenen Kantors Gwink eine Arie vom Kirchenchor zu singen. Gleichzeitig fand die Rechnungslegung betr. das Kirchenkonzert statt. Die Einnahmen beliefen sich auf 347,80 Mk., während die Ausgaben 385,35 Mk. (Kapelle etwa 180 Mk.) betragen. Endlich wurde beschlossen, am 2. Juni einen Ausflug nach Kempczowitz zu unternehmen, zu welchem auch die inaktiven Mitglieder mit ihren Angehörigen eingeladen werden.

Standesamtliche Nachrichten vom 28. April bis 4. Mai. Geburten: Zwillinge (Sohn und Tochter) dem Schlepper Theophil Foglowel, Zwillinge (Sohn und Tochter) dem Bierkuchler Peter Fronzel, ein Sohn dem Kaufmann Louis Gräber, ein Sohn dem Schaffner Anton Schiblo, ein Sohn dem Schaffner Paul Grill, ein Sohn dem Polizeiergeanten Richard Galonska, eine Tochter dem verstorbenen Fleischergehilfen Franz Nowak, eine Tochter dem Tagelöhner Karl Pache, eine Tochter dem Friseur Hugo Fleischer. — Aufgebote: Maurerpolier Friedrich Karl Breido in Tarnowitz und unverehlt. Emma Emilie Meister in Säbenrode, Kreis Oppeln. Schlossergeselle Bruno Franz Neumann und ledige Maria Dawid, beide in Tarnowitz. Lokomotivheizer Joseph Johann Zuber in Tarnowitz und Berta Pauline Schumann in Löwenberg. Hütteninvalid, jetzt Biagleiarbeiter Kasimir Harasinski (Haraschinski) Karaschinski in Kol. Lassowitz und Witwe Juliana Blachekli, geborene Pilarski in Tarnowitz. Knappschaffsassistenz Max Hugo Wader und Witwe Katharine Elfriede Peider, geborene Henkel, beide in Tarnowitz. Handlungsgehilfe Jakob Hadda in Tarnowitz und unverehlt. Frieda Traugott in Alt-Geschlau. Hilfswagenwärter Johann August Adolf Gerstenberg in Tarnowitz und Olga Ernestine Marie Reisinger in Gleiwitz. — Sterbefälle: Ledige Ernestine Panofsky, 65 Jahre alt. Hütteninvalid Andreas Langosch aus Larischhof, 59 Jahre alt. Klara Woznit, 4 Jahre 8 Monate alt. Marie Foglowel, 1 Stunde alt. Theodor Josef Rynda, 4 Monate alt. Martha Pawlowsky, 9 Monate alt.

+ **Ertrunken** ist am Dienstag der 16jährige Grubenbote Paul Passon, Sohn einer Witwe aus Kaslo. Er ging bei Lazarowka am Bahnkörper der Schmalpurbahn entlang; plötzlich überfielen ihn Krämpfe, er stürzte den Bahndamm herunter und fiel in einen Tümpel.

Wieder. Sonntag fand hier selbst im Freundschen Saale der zweite Volksunterhaltungsabend statt. Die Beteiligung war die denkbar regste, so daß der Saal drückend gefüllt war. Nach einer Begrüßungsansprache an die erschienenen Gäste durch Hauptlehrer Blachzik, die mit einem Hoch auf den Landesherren endete, reichten sich in schöner Aufeinanderfolge mehrstimmige Gesänge, von denen das vierstimmige „Herr unser Gott“ besonders gut gefiel, sowie Deklamationen und Theateraufführungen der Kleinen und der Großen an einander. Wahre Lachsalven erregten die Kinderhumoreske „Stolprian“ und der Schwank „Um die Wette“. Nach den Aufführungen vereinigte ein gemüthliches Beisammensein die Festteilnehmer noch einige Stunden. Bei Jung und Alt wird dieser Tag lange in Erinnerung bleiben.

Witkischschütz, 30. April. Der Männergesangverein hielt Freitag abend im Vereinslokale Hotel Schwarzer Adler seine bisjährige Hauptversammlung ab, welche von dem 1. Vorsitzenden Hauptlehrer Kraus geleitet wurde. Der Schriftführer Lehrer Jacobowsky erstattete den Jahresbericht. Der Verein steht am Ende seines 13. Vereinsjahres. Die Zahl der Mitglieder beträgt 54 und zwar 26 aktive, 27 inaktive und 2 Ehrenmitglieder. Der Kassenbericht ergibt eine Einnahme von 407,67 Mk. und eine Ausgabe von 249,70 Mk., sodas ein Bestand von 157,97 Mk. verbleibt. Zur Anschaffung einer Vereinsfahne, welche voraussichtlich bei dem nächsten oberschlesischen Sängerbundesfest ihre Weihe erhalten wird, besteht ein Fond von 171 Mk. Der bisherige Vorstand wurde durch Zustimmung wiedergewählt, und zwar: Hauptlehrer Kraus als 1., Bureauvorkseher Wosniza als 2. Vorsitzender, Lehrer Jacobowsky als Schriftführer und Kassierer, Lehrer Trautmann als 1., Lehrer Hawellek als 2. Liebermeister und die Lehrer Arndt und Gnilla als Vergnügungsleiter.

Rüdigshütte, 29. April. Die Polizei mußte am Sonnabend zweimal von der blanken Waffe Gebrauch machen. Beide Male hatte sie gegen Aufseher einzuschreiten, die Helfershelfer dann aus der Gewalt der Beamten zu befreien suchten. Um 10 1/2 Uhr abends machte ein Hüttenarbeiter R. von der Kirchstraße mit anderen auf derselben Straße einen ohrenbetäubenden Lärm. Der Wahnung eines Polizeibeamten, sich ruhig zu verhalten, kam er nicht nach und mußte deshalb festgenommen werden. Ein Schlosser von der Wasserstraße suchte ihn durch Fortreißen aus der Gewalt des Beamten zu befreien, sodas er von einem zweiten Beamten ebenfalls festgenommen werden mußte. Nunmehr nahmen die Komplizen der Verhafteten eine so drohende Haltung an, daß einer der Beamten blank ziehen mußte, um seinem Kollegen den Rücken zu decken. Als der Transport auf der Kronprinzenstraße angelangt war, schlich sich einer der Kaufbolde an den Beamten, der blank gezogen hatte, heran und schlug mit geballter Faust von hinten auf ihn ein. Der Beamte machte daher von seiner Waffe Gebrauch und schlug den Angreifer über den Kopf. Dieser entfloß. Zu einem ähnlichen Exzeß kam es nachts um 1 Uhr auf der Kaiserstraße. Hier ständlierte der Werkarbeiter Johann St. und wurde nach vergeblicher Wahnung festgenommen. Der Werkarbeiter Franz R. suchte ihn zu befreien. Der Beamte sah sich schließlich auch hier gezwungen, die Waffe zu ziehen. Auch R. wurde verhaftet. (Königsch. Tagbl.)

Oppeln. Die Wohnungsnot hat hier einen Umfang angenommen, der eine große Schädigung für die zurzeit lebhafteste Entwicklung der Stadt bedeuete. Fast jeden Tag klagen Leute, die Stellung in Oppeln bei irgend einer Ver-

hörde erhalten haben, daß es ihnen unmöglich ist, eine Wohnung zu bekommen. Die Sache ist, wie die Oppelner Nachr. schreiben, bereits so schlimm geworden, daß verschiedene Beamte um Verzekung eingekommen sind bezw. einkommen werden. In dem benachbarten Königl. Neuborf sind einige Neubauten bereits mit aus Oppeln verzogenen Familien bewohnt. Die in Wilhelmstal im Bau begriffenen Villen waren bereits vermietet, ehe das Mauerwerk derselben über die Erde herauskam. Auch die vom Beamtenwohnungsbauberein zu errichtenden Neubauten in der neuen Eisenbahnstraße und in der Porschtstraße bedeuten für die Befestigung der Oppelner Wohnungsnot nur einen Tropfen Wasser auf einen heißen Stein. Und trotzdem wird verhältnismäßig wenig gebaut. Wenn man nach den Gründen dieser Erscheinung fragt, so bekommt man vielerlei Antwort. Zunächst fühlen sich die Hausbesitzer erschöpft durch die Anforderungen, welche Kanalisation und Wasserleitung an sie gestellt haben. Hierzu kam noch der kaum überwundenene Wohnungsüberfluß und der damit Hand in Hand gegangene Rückgang der Mietverträge. Dies hatte eine sehr prätere Lage der Hausbesitzer zur Folge und führte für manche den Ruin herbei. Das Andenken an diese schlimme Zeit hält unter den Hausbesitzern noch an und wurde noch verstärkt durch die inzwischen eingeführte Baupolizei-Ordnung für den Regierungsbezirk Oppeln. Von seiten des Magistrats ist alles geschehen, um die Baulust von neuem zu entfachen. Allen Baulustigen wird nach Möglichkeit eine im Nachbereich der Stadtverwaltung liegende Erleichterung gewährt, in der richtigen Voraussicht, daß die augenblickliche Lage der Dinge gebieterisch die Errichtung von Wohnungen erheischt. In maßgebenden Kreisen wird erwogen, in anbetracht der Notlage weitere Wohnungsbau-Konfortien zu bilden, wenn die hiesigen Unternehmer es dauernd ablehnen sollten, Wohnhäuser zu errichten.

Brieg. Dzierzon-Ehrung. Zum Gedächtnis des verstorbenen Klmeisters der deutschen Bienenzucht Dr. Dzierzon soll eine Ehrung ins Werk gesetzt werden. Schließen und speziell der Kreis Brieg und der Brieger Bienenzuchtverein haben hieran ein besonderes Interesse, denn vom hiesigen Kreise ist durch Dr. Dzierzon die rationelle Bienenzucht ausgegangen. Durch seine im Jahre 1848 erschienene „Theorie und Praxis des neuen Bienenfreundes“ hatte der damalige Pfarrer zu Karlsmarkt, Dr. Brieg, über die apistische Naturgeschichte Lehren vorgetragen, welche von den bis dahin gültigen in den wesentlichen Stücken abwichen. Die neuen Lehren über die Biene und den Bienenzuchtbetrieb gaben die Veranlassung, die Bienenwirte Deutschlands zur Begründung der Wanderversammlung deutscher Bienenzüchter zusammenzuberufen, um den Meinungsaustausch über die angeregte Frage mündlich fortsetzen zu können. Zu demselben Zwecke wurde die dritte Wander-versammlung im Jahre 1852 in Brieg und Karlsmarkt abgehalten. Hier gelang es dem bisher alleinstehenden „neuen Bienenfreunde Dzierzon“ seine Segner durch die Anschauung zu überzeugen, daß seine Lehren wahr und sein neuer Bienenzuchtbetrieb mit beweglichen Waben wirtschaftlich wertvoller sei als der bis dahin gebräuchliche mit festgebauten Waben. Auf Veranlassung Dzierzons wurde im Jahre 1855 der Bienenzüchterverein in Brieg gegründet. Vom zweiten Vorsitzenden und Geschäftsführer des Generalvereins der schlesischen Bienenzüchter, Lehrer Seeliger in Rathau, ist nun im Generalverein eine Dzierzon-Ehrung in Anregung gebracht worden. Auf der diesjährigen Versammlung des deutschen bienenwirtschaftlichen Zentralvereins in Frankfurt a. M. wird von Herrn Seeliger der Antrag gestellt werden, in Brieg eine Büste Dr. Dzierzons aufzustellen. Außerdem wird die Begründung einer Dzierzon-Stiftung zur Förderung der Bienenzucht beantragt werden. Für ein derartiges Unternehmen stehen bisher etwa 1000 Mk. zur Verfügung. Der Brieger Bienenzüchterverein bewilligte in seiner am Sonntag abgehaltenen Versammlung zu dem genannten Zweck als erste Rate 50 Mk. Sollte in Brieg ein Erinnerungszeichen an Dr. Dzierzon aufgestellt werden, so wird der Verein eine zweite Rate von mindestens noch 50 Mk. bewilligen. (Oberschl. Anz.)

Von der russischen Grenze. Vor einigen Tagen brachten verschiedene Blätter die bald unglaublich erscheinende Nachricht, ein russischer Gendarm habe in der Kreisstadt Bendzin zwei Ältere Damen erschossen, die auf Anruf nicht sofort stehen geblieben seien. Bemerkte wurde hierbei, daß der Gendarm nach einer neueren Verfügung seiner Behörde gehandelt habe, nach welcher auf jede Person, selbst auf 100 Met. Entfernung sofort zu schießen sei, wenn sie bei dem ersten Haltruf nicht stehen bleibe. Ermittlungen haben ergeben, daß an der Nachricht auch nicht ein Wort wahr ist, denn es besteht weder eine solche Verfügung, noch hat sich ein solcher Vorfall ereignet, wohl aber ist solch eine Nachricht geeignet noch mehr Beunruhigungen auch im preussischen Nachbargebiete hervorzurufen als es insolge der wahren Nachrichten über derartige Vorfälle schon der Fall ist. — Western schoß ein ganz junger Burtsche, der im russischen Grenzbezirk hausenden polnisch-sozialistischen Partei angehörend, ohne jede Veranlassung zweimal nach dem Polizeiwachmeister Kulik und verwundete diesen schwer. Er fand seine Bestrafung jedoch sofort, indem ein seinem Kameraden zu Hilfe eilender Polizist den Täter erschöß. Es ist dies der 80. Polizeibeamte des Kreises Bendzin, der während der dortigen Unruhen verletzt wurde, nur wenige von ihnen blieben am Leben.

Grundsteinlegung zur neuen Zobtenbaude. Der diesjährige Maiausflug des Zobten-Gebirgsvereins Breslau am Sonntag gewann eine ganz besondere Bedeutung durch die Grundsteinlegung zu einer neuen Baude auf dem Gipfel des Zobtenberges. Bei dem denkbar prächtigsten Frühlingwetter traf die Gesellschaft, aus zahlreichen Mitgliedern des Z.-G.-B. Breslau und andern Breslauer Ausflüglern bestehend, sowie durch den Z.-G.-B. Zobten ver-

kärkt, bei der Waldkapelle oberhalb Zobtens zusammen und setzte sich über den teilweise neu angelegten Bismardweg hinauf zur Bismardsäule in Bewegung. Der kürzlich vollendete Bismardturm, der sich hübsch und stattlich aus grauem Zobtenstein auf der Kuppe des Mittelberges erhebt, gewährte einigen keiglustigen Besuchern schon von hier aus eine ziemlich klare Aussicht ins schlesische Land. Nach dem Mittagessen auf sonnigem, grünem Plan vor der alten Zobtenbaude verkündeten um punkt 2 Uhr Böllerschüsse den Beginn der Feiert. Dr. Lustig als Vorsitzender des Z.-G.-B. Breslau hielt die einleitende Festrede, in der er die historische und speziell vaterländische Bedeutung des alten „Vaters Zobten“ hervorhob, und darauf hinwies, daß mit der vorzunehmenden Handlung der Grundsteinlegung ein langgehegter Wunsch vieler Freunde der Natur und auch des Zobtengebirgsvereins seiner Erfüllung entgegengehe. Habe doch die alte, 1869 errichtete Baude schon längst dem stetig wachsenden Touristenverkehr nicht mehr genügt. Die neue Baude werde für lange Zeit auch den weitgehendsten Ansprüchen gerecht werden. Nachdem der Zobtener Männergesangverein ein von Paul Wittmann komponiertes Lied „Grüner Wald“ zum Vortrag gebracht und der Bürgermeister Kraus von Zobten eine Ansprache gehalten hatte, wurde eine auf die Vorgeschichte des Baues bezugnehmende Urkunde verlesen und dem Grundstein unter der Schwelle des neuen Hauses eingefügt. Darauf taten der Forstmeister Krueger für den Grundherrn, Kommerzienrat Haase als Bauherr, Ratsbaumeister Klimm als Erbauer und die Vertreter der Zobtengebirgsvereine die weihenden Hammerschläge. Eine Musikkapelle ließ in der Folge noch einige heitere Weisen erklingen und dann erfolgte in den späteren Nachmittagsstunden der Abstieg. Der Abend sah die Ausflügler bei Musik und Tanz im Zobtener Schützenhause vereinigt. Gegen 9 Uhr wurde auf ein von unten gegebenes Feuerzeichen die Bismardsäule mittels Scheinwerfers, das Zobtenbergkirchelein mit bengalischen Flammen beleuchtet. In schöner Konkurrenz mit dem wundervollen Sternenhimmel glänzte der hellrote Schein weit über die Fluren Mittelschlesiens. Dasselbe Schauspiel soll während der Tage des Sängerbundesfestes in Breslau wiederholt werden. Der Z.-G.-B. beabsichtigt dann auf dem Zobtengipfel noch zwei solcher Scheinwerfer, wie sie im Dienst der Feuerwehr Verwendung finden, zu jenem Zwecke aufstellen zu lassen. — Erstaunlich war es eigentlich, daß die Vormittags- und Abendzüge auf der Strecke nach Zobten nicht überfüllt waren. War gleich von der Baublüte da draußen noch nicht viel zu merken, so standen die Saaten doch herrlich, und junges Buchen- und Birkengrün erstrahlte das Auge. Und droben war es so wohligh warm, kein Zugwind streifte den Zobtenkegel, und das schlesische Mittelgebirge bot sich in seiner gesamten Ausdehnung den entzückten Blicken dar. Die Koppe sah man in nur ganz zarten Schleiern, der Glazer Schneeberg machte seinem Namen Ehre und zeigte, während die Sonne glutrot hinter den Höhen versank, seine breite weiße Haube in voller Klarheit. Aufsteigend hatte man also dem Südwind zu wenig Vertrauen geschenkt, allenfalls genug für die nähere Umgebung. Aber alle, die sich noch vor den Bergen gefürchtet, haben nicht wenig veräuamt.

Die Polenverhältnisse in Oberschlesien.

Der Abgeordnete Dr. Volk hat in zwei Reden im Abgeordnetenhaus vom 25. und 26. April die gegenwärtige Lage der polnischen Verhältnisse in Oberschlesien vorzüglich gekennzeichnet. Der Wortlaut der Reden nach dem stenographischen Berichte ist folgender:

Rede des Dr. Volk vom 25. April.

Nach der Entwicklung aber, welche die Verhältnisse in Oberschlesien genommen haben, sind jetzt nicht nur neue Maßnahmen, ist nicht nur ein energisches Vorgehen der Regierung in Polen und Westpreußen, sondern ist das vor allem auch in Oberschlesien nötig. Ich glaube mich am kürzesten zu fassen, wenn ich sage: ich möchte der Königl. Staatsregierung für ihre weitere Polenpolitik folgende zwei Hauptleitsätze empfehlen.

Der erste Leitsatz muß meines Erachtens dahin lauten, daß wir eine wirklich brauchbare und verständige Polenpolitik, einen wirklich erfolgreichen Kampf, wie er uns ganz wider unseren Willen gegen das hochverräterische und landesverräterische Großpolentum aufgedrungen und aufgezwungen ist, nur dann führen können, wenn wir ihn gleichmäßig energisch und zielbewußt nicht nur in Polen und Westpreußen, sondern auch in Oberschlesien führen.

Und der zweite Leitsatz, den ich auf Grund meiner zwanzigjährigen Kenntnis der ober-schlesischen Verhältnisse hier aussprechen möchte, ist der, daß bis auf weiteres nicht mehr Polen und Westpreußen das Hauptkampfgebiet in diesem Kriege ist, sondern daß dies wichtigste Kampfgebiet Oberschlesien ist. Dieses letztere möchte ich Ihnen mit wenigen Zahlen beweisen. (Zurufe von den Polen.)

Die besten und überzeugendsten Zahlen für meine Ansicht, Zahlen, die auch unmöglich zu widerlegen sind, sind zweifellos diejenigen, welche angeben, in welchem Umfange bei der letzten Reichstagswahl der einzelne ober-schlesische Bürger selbst sich dazu bekannt hat, daß er Großpolen, und zwar, wie nun einmal heute die Dinge liegen und wie ich das daher auch immer nennen werde, ein Anhänger des landesverräterischen und hochverräterischen Großpolentums sei. (Große Unruhe bei den Polen.) Diese von dem einzelnen Bürgern selbst und freiwillig abgegebenen Stimmen zähle ich, und da finde ich nun nach der Statistik, daß bei der Reichstagswahl im Januar d. J. in Oberschlesien 115000 großpolnische Stimmen abgegeben wurden. Diese 115000 Stimmen sind abgegeben worden in einem Regierungsbezirk, in dem noch bei der vorletzten Wahl, im Jahre 1898, nur 40 großpolnische Stimmen abgegeben worden sind, in 1893 überhaupt noch keine und in 1903, also erst vor vier Jahren, nur 44175. In diesem Jahre sind es schon 115000 gewesen! (Hört, hört! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Nun, meine Herren, wollen wir zusehen, was diese Zahl bedeutet! 115000 großpolnische Stimmen in Oberschlesien sind mehr, als in ganz Westpreußen an großpolnischen Stimmen abgegeben worden sind; denn dort waren es bloß 102000; prozentual auf die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen berechnet, betragen die großpolnischen Stimmen in Oberschlesien schon 39,5 Proz., in Westpreußen dagegen nur 36 Proz. (Zuruf bei den Polen.) — Nun, ich nenne das „großpolnisch“. Ich lese Ihre Presse, ich verfolge sie, und daher weiß ich, daß es sich hier zweifellos um das Großpolentum handelt. (Erneute Zurufe des Abg. Korsantny.) — Ja, sehen Sie, meine Herren, so (auf den Abg. Korsantny deutend) sind

die Polen auch bei uns! (Große Heiterkeit rechts und bei den Nationalliberalen.) Also eine demonstratio ad oculos! Mit einem eben solchen Mangel an Schlichterheit (Heiterkeit) und Bescheidenheit gehen sie auch bei uns gegen uns vor, und das erzeugt eben die Entrüstung und Erbitterung in Oberschlesien, daß sie uns im eigenen Hause nicht in Ruhe lassen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Also, meine Herren, wir in Oberschlesien hatten 39,5 Proz., Westpreußen dagegen bloß 36 Proz. großpolnische Stimmen, und mit jenen rund 40 Proz., meine Herren, sind wir schon bedenklich an den Regierungsbezirk Bromberg mit 48 Proz. herangerückt; der Regierungsbezirk Posen hat rund 63 Proz. Nehme ich nun den wichtigsten Teil unseres ober-schlesischen Regierungsbezirks, den ober-schlesischen Industriebezirk heraus, so zählte ich in den dort in Betracht kommenden vier Wahlkreisen schon 85300 oder 53,5 Proz. großpolnische Stimmen. Damit haben wir auch schon den Regierungsbezirk Bromberg überholt und grenzen nahezu, bis auf 4 Proz., an die Zahl für die ganze Provinz Posen.

Meine Herren, nun sage ich: wenn man solche Erfolge der großpolnischen Agitation in Oberschlesien sieht, wird man kaum noch die oft wiederholte Ansicht der königlichen Staatsregierung verstehen, daß sie nicht anzuerkennen vermöge, daß die Verhältnisse in Oberschlesien ebenso lägen wie in Posen und Westpreußen — wie wir das ja erst neulich von dem Herrn Ministerialdirektor Schwarzkopf bei Besprechung der Ostmarkenzulage gehört haben. Ich denke, meine Herren, die von mir vorgetragene Zahlen reden und beweisen Bände. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Aber, meine Herren, hierzu ist auch zu bedenken, daß das Großpolentum diesen kolossalen Erfolg in einem Bezirk gehabt hat, in dem man noch vor 20 Jahren, zu welcher Zeit ich dort hintam, riskierte, wenn man zu einem Einheimischen „Polack“ sagte, eine ordentliche Tracht Prügel zu erhalten (Heiterkeit), so deutsch und preußisch war man damals noch in Oberschlesien gesinnt, — und so großpolnisch ist man inzwischen heute dort gesinnt geworden.

Nun, meine Herren, hat die Sache aber auch noch eine weitere sehr ernste Seite. Wenn ich sagte und den Leitsatz aufstellte: das Schwerkriegs unseres Kampfes gegen das Großpolentum muß zunächst in Oberschlesien liegen, so haben uns die vorher mitgeteilten Zahlen klar vor Augen geführt, was dort eine struppellose Agitation die in der Hauptsache aus dem Auslande stammt, aus einem ganz deutschen, preußischen Lande in wenigen Jahren gemacht hat. Nun bitte ich mal weiter zu bedenken, meine Herren: wo ist das passiert? Es ist in Oberschlesien, in unserem allgefährdeten und exponiertesten Grenzbezirk passiert, im äußersten Südosten der Monarchie. Wir grenzen unmittelbar an Galizien an, das der in sich besessene Polenstaat des Auslandes ist, wo die Polen herrschen — und die Ruthenen

wissen ein Lied davon zu singen, wie sie dort herrschen. Wir grenzen außerdem an Rußisch-Polen. Wir müssen also jeden Tag mit auswärtigen Gefahren rechnen, und was es dann heißt, wenn in einem so dichtbesiedelten Industriebezirk wie Oberschlesien der größere Teil der Bevölkerung in seinem Denken und Fühlen gegen das Deutschtum Stellung genommen hat, das, bitte ich, sich selbst auszumalen, darauf brauche ich hier nicht weiter einzugehen.

Ferner ist unser Oberschlesien der zweitwichtigste Industriebezirk und der zweitwichtigste Kohlenlieferant für die ganze Monarchie. Bedenken Sie, meine Herren, was da passieren kann, wenn dort die landesverräterischen Bestrebungen so weiter zunehmen, wie es bisher der Fall gewesen ist! Das wichtigste Moment aber, welches ich geltend zu machen habe, ist: Oberschlesien muß jetzt schon deswegen den Hauptgegenstand der ganzen Polenpolitik bilden, weil jeder, der die Verhältnisse dort kennt, weiß: jetzt kann man dort noch etwas erreichen, trotzdem das Großpolentum schon so große Fortschritte da selbst gemacht, trotzdem es so viele Stimmen dort errungen hat; denn der Oberschlesier ist ein leicht denkender Mann, der leicht herumzukriegen ist, der allen, und vor allem allen unberufenen — großpolnischen — Dingen zu viel glaubt. Wenn man also jetzt rasch und energisch eingreift, warum soll man da nicht dieselben Leute, die so rasch dem Großpolentum zufliehen, auch wieder dem Deutschtum zurückgewinnen können?

Das geht zweifellos sehr leicht, und namentlich dann sehr leicht, wenn wir eine feste und energische Regierung haben (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen), wenn das Volk in Oberschlesien sieht, daß Bestrebungen, wie die großpolnischen, von der Regierung im allerhöchsten Grade gemißbilligt werden, daß die Regierung alles, was in ihrer Macht steht, gegen diese großpolnische Agitation tut. Denn worauf sind die so gewaltigen Fortschritte des Großpolentums in Oberschlesien zurückzuführen? Sie sollten einmal die großpolnische Presse lesen, die dort in ungezählten Exemplaren jeden Tag unterem leichtgläubigen Volke ins Haus geschickt wird. Die Leute glauben leider alles. Also die Presse, in der fast täglich heizerische Artikel stehen — sie sind ja xmal hier vom Regierungsamt vorgelesen worden — diese Presse hat uns in Oberschlesien so weit gebracht: sodann aber auch die Agitation von Mund zu Mund, in Versammlungen, in Vereinen. In dieser Beziehung, darüber sind wir Deutsche in Oberschlesien uns wohl ziemlich alle einig, hat die Regierung es in den letzten Jahren außerordentlich an der nötigen Festigkeit fehlen lassen. Unsere ober-schlesische Bevölkerung braucht Autorität, und wenn die Autorität der Regierung das Erforderliche rechtzeitig getan hätte, dann wäre es nach der Ansicht vieler nicht so weit gekommen, wie es leider jetzt gekommen ist. (Zustimmung.)

Was ich aber vor allem sagen möchte, das ist: wenn denn nun die Regierung bis zum nächsten Herbst sich überlegt, was alles in

puncto Polenpolitik zu tun ist, dann soll sie nicht bloß überlegen, was in Posen und Westpreußen zu tun ist, um die dortige Anliegendepolitik noch wirksamer zu machen und um namentlich zu verhindern, daß man mit den vielen hundert Millionen, die man dafür ausgibt, schließlich nicht noch mehr Schaden anrichtet, als Nutzen stiftet, — dann, sage ich, soll sie auch bedenken, was in Oberschlesien geschehen muß, wie man dort energisch vorgehen muß gegen das hochverräterische Großpolentum. Ich sage nicht, daß hierzu neue gesetzgeberische Maßnahmen nötig sind. Ich glaube vielmehr, daß die jetzige Gesetzgebung, richtig gehandhabt, vollständig ausreicht. Sollte sie aber nicht ausreichen, dann wollen wir abwarten, was die Regierung vorzuschlagen hat; ich will dem nicht vorgreifen. Ich gebe hier bloß dem Empfinden Ausdruck, das wir Deutschen in Oberschlesien wohl alle haben: so wie jetzt darf es nicht weiter gehen, — so, daß wir in Oberschlesien in knapp 10 Jahren bezüglich der Stimmenzahl der Großpolen proportional und absolut die Provinz Westpreußen überholt haben und der Provinz Posen bedenklich nahe gekommen sind. Dazu ist die Sache doch zu ernst. Es ist von unangenehmen Seiten gesagt worden: die polnische Frage ist die wichtigste innere Frage, die wir in Deutschland und Preußen haben. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Aber der Schwerpunkt dieser wichtigsten inneren Fragen liegt zurzeit in Oberschlesien, und wir können und dürfen unmöglich auch weiterhin untätig zusehen, daß so wie bisher das Polentum dort voranschreitet. Auch ist es vor allem die Pflicht der Regierung und nicht meine Pflicht als Abgeordneter, zu überlegen, was hiergegen zu tun ist, und uns in einer Denkschrift oder wie sonst sie will, ihr Programm mitzuteilen. Ich bitte also die Königl. Staatsregierung dringlichst, uns sobald als irgend möglich ihre Vorschläge zu unterbreiten und uns heute wenigstens zu sagen, daß auch sie jetzt endlich die Notwendigkeit anerkennt, in Oberschlesien energisch vorzugehen und nicht immer so zu tun, als lägen die Dinge in Oberschlesien anders als in Posen und Westpreußen. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Der Landwirtschaftsminister v. Arnim erwiderte darauf, daß er vollständig die Ansicht des Abg. Dr. Boly teile: „daß es dringend erforderlich ist, Maßregeln gegen das Vordringen des Polentums im Gebiet von Oberschlesien zu treffen, daß ich die Frage schon speziell studiert habe, und daß wir Maßregeln bearbeiten. Ich hoffe, daß es gelingen wird, dem Wunsch des Herrn Abgeordneten zu entsprechen.“

Bekanntmachung.

Der zur Ermittlung der Entschädigung für die zur Erweiterung der Gleisanlagen auf Bahnhof Tarnowitz benötigte Parzelle Kartenblatt 1, Flächenabschnitt Nr. $\frac{1580}{7}$, von 46 ar 66 qm der Besingung Grundbuchblatt 550 Ader Tarnowitz auf den 7. d. M. anberaumte Termin wird aufgehoben und neuer Termin an Ort und Stelle vor dem unterzeichneten Kommissar auf

Dienstag den 14. Mai 1907 vormittags 10 Uhr anberaumt.

Tarnowitz den 3. Mai 1907.
Der Enteignungskommissar.
Graf zu Limburg-Stirum,
Königlicher Landrat.

664

Tischler

finden sofort dauernde und lohnende Arbeit.

Gräfl. Holzbearbeitungsfabrik Bankau O.S.
Clausnitz. 665

Ich habe 7 Stück gut erhaltene doppelte

Fenster

sowie eine gute Haustüre und Studentüre billig zu verkaufen.
Przybylla, Bergwerkstraße 3.

Stundenschüler

in Geige- und Flügelunterricht nehme ich noch an. Garantiert tüchtige Ausbildung.

661 Russin.

Das
Neueste
in **Tapeten** finden Sie in meinem diesjährigen Musterbuch.
Tel. 1017.
Franz Lowicki,
Drogenhandlung.

Nicht klebend

Sind meine Fußboden-lack-Anstrichfarben!
Sie eignen sich auch zum Anstrich von Küchen- u. Garten-Möbeln.
Dosen von 1 Kilo Inhalt schon von 1 Mark an.
664
Otto Grüne, Drogenhlg.

Streng reell!
Wir suchen hier und Umgegend wirklich gute Grundstücke, Fabriken, Güter aller Art u. s. w. zum Verkauf zu übernehmen. Auch werden Hypotheken und Teilhaber beschafft. Offerten erbeten an die Deutsche Verkaufs- und Vermittlungs-Gesellschaft Rode u. Ko., Berlin N. Dranienburgerstr. 84.
662

Arbeitsbücher empfehlen A. Sauer u. Komp.

Theater in Tarnowitz.
(Glinkes Hotel.)
Gastspiel des Oberschlesischen Novitäten-Ensembles
(Direktion Henry Haupt.)
Sonntag den 12. Mai 1907

Mein Leopold,
Vollstück mit Gesang in 4 Akten von Adolf Arronge.
Billets sind in der Buchhandlung von A. Kothe und in der Zigarrenhandlung von Welzel zu haben.
Dugendbillets nur in der Buchhandlung von A. Sauer u. Komp.
Kasseneröffnung 7 1/4 Uhr.
Anfang 8 1/4 Uhr.

Buchführungskursus.
Am 15. Mai wird hierorts für Mädchen ein Kursus

eröffnet. Derselbe umfaßt alle Fächer, die in einer kaufmännischen Fortbildungsschule gelehrt werden, insbesondere Buchführung, Stenographie, Kfm. Rechnen, Wechselkunde, Kontopraxis, Korrespondenz, evtl. auch Schreibmaschine.
663
Teilnehmerinnen erfahren Näheres in der Geschäftsstelle dies. Blattes.

Gelegenheitskauf!
Wegen Zeitmangel verkaufe einige Bienenstöcke.
Anfragen erbeten an Josef Gasda,
663 Friedrichshütte OS.

Zauber
verleiht jedem Gesicht ein rosiges, jugendfrisches Aussehen, zarte, weiße, sammetweiche Haut und blendend schöner Teint.
Alles dies erzeugt die echte
Steckenpferd-Lilienmilch-Seife
v. Bergmann & Co., Radebeul mit Schutzmarke: Steckenpferd. 306
Das St. 50 Pf. bei: Otto Grüne, Anton Godan, J. Lukaschick, Paul Starostzik, Fr. Parzentny.

Fettdicht
Butterbrotpapier
empfohlen.
A. Sauer u. Komp.

A. SAUER & KOMP.

TARNOWITZ.

Buch- und Papierhandlung.
Buchdruckerei. **Buchbinderei.**
Formular-Magazin.
Schulbücher, Schreib- und Zeichenhefte sowie anderweite Lehrmittel am Lager.

Zeichenpapiere in Bogen und Rollen.
Gesang- und Gebetbücher.
Einrahmungen von Bildern u. s. w.
Druckaufträge aller Art
werden schnellstens erledigt.